

von Golowatscheff, W.

Article — Digitized Version

Zur Konjunkturlage der Weltwirtschaft an der Jahreswende

Wirtschaftsdienst

Suggested Citation: von Golowatscheff, W. (1955) : Zur Konjunkturlage der Weltwirtschaft an der Jahreswende, Wirtschaftsdienst, ISSN 0043-6275, Verlag Weltarchiv, Hamburg, Vol. 35, Iss. 1, pp. 9-11

This Version is available at:

<https://hdl.handle.net/10419/132018>

Standard-Nutzungsbedingungen:

Die Dokumente auf EconStor dürfen zu eigenen wissenschaftlichen Zwecken und zum Privatgebrauch gespeichert und kopiert werden.

Sie dürfen die Dokumente nicht für öffentliche oder kommerzielle Zwecke vervielfältigen, öffentlich ausstellen, öffentlich zugänglich machen, vertreiben oder anderweitig nutzen.

Sofern die Verfasser die Dokumente unter Open-Content-Lizenzen (insbesondere CC-Lizenzen) zur Verfügung gestellt haben sollten, gelten abweichend von diesen Nutzungsbedingungen die in der dort genannten Lizenz gewährten Nutzungsrechte.

Terms of use:

Documents in EconStor may be saved and copied for your personal and scholarly purposes.

You are not to copy documents for public or commercial purposes, to exhibit the documents publicly, to make them publicly available on the internet, or to distribute or otherwise use the documents in public.

If the documents have been made available under an Open Content Licence (especially Creative Commons Licences), you may exercise further usage rights as specified in the indicated licence.

Zur Konjunkturlage der Weltwirtschaft an der Jahreswende

Im vergangenen Jahr 1954 dominierten in der konjunkturellen Entwicklung der Weltwirtschaft zwei Faktoren: einerseits die aktive Bekämpfung der bereits Mitte 1953 begonnenen konjunkturellen Rückbildung in Nordamerika, andererseits der fortschreitende Konjunkturaufschwung in Westeuropa, wenn man von dem im Frühjahr 1954 vollzogenen Übergang vom konjunkturellen Hochschwung zu einer ausgesprochenen Stagnation in Japan absieht, der weltwirtschaftlich keine wichtige Rolle spielte.

Entwicklung in Nordamerika

Kaum hatten sich im Frühjahr 1953 die ersten Anzeichen einer bevorstehenden Konjunkturrückbildung in den USA bemerkbar gemacht, als die neue republikanische Administration Eisenhower bereits die ersten Gegenmaßnahmen ergriff: sie verließ den bisherigen Kurs der überwiegend restriktiven Kreditpolitik, die bis dahin in der Hauptsache auf die Bekämpfung der im Zuge der Aufrüstung eingetretenen leichten inflationistischen Erscheinungen gerichtet war, wie sie im wesentlichen aus der defizitären Gebarung des Bundeshaushalts herührten, und ging zu einer Politik der Krediterleichterung und Zinsverbilligung über, um auf diese Weise einem drohenden Rückgang der privaten Investitionstätigkeit und einem überstürzten Lagerabbau vorzubeugen und dabei nicht zuletzt die bisher aus verschiedenen Gründen vernachlässigte Investitionstätigkeit im Wohnungsbau anzuregen.

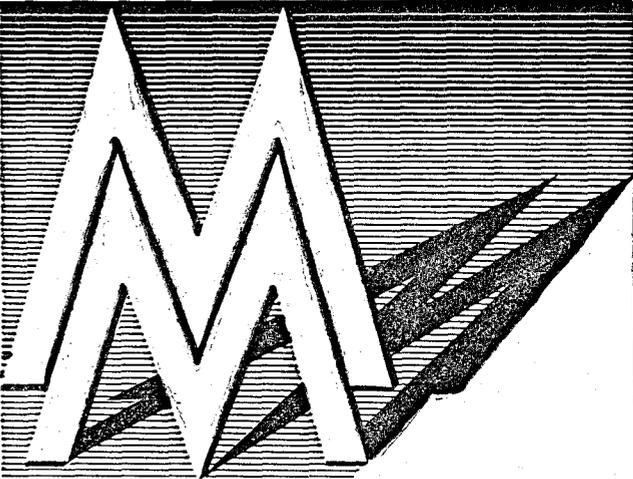
Als es sich dann in der zweiten Hälfte des Jahres 1953 herausstellte, daß diese kreditpolitischen Maßnahmen zur Verhinderung eines konjunkturellen Rückschlages nicht ausreichten und der Rückgang der Produktions- und Umsatzfähigkeit sich in den letzten Monaten des Jahres 1953 sogar stark beschleunigte, so daß mit der Möglichkeit einer ausgesprochen

krisehaften Zuspitzung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in zunehmendem Maße gerechnet werden mußte, entschloß sich die amerikanische Regierung, auch ihre Budgetpolitik, die bis dahin immer noch vor allem auf die Beseitigung des Bundeshaushaltsdefizits gerichtet war, wenigstens zeitweise zu revidieren und die weitere Konjunkturrückbildung auf dem Wege des sog. „deficit spending“ zu bekämpfen. Unter Inkaufnahme eines wieder ansteigenden laufenden Fehlbetrages im Bundeshaushalt sollten nämlich die mit dem Beginn des Jahres 1954 in Kraft getretenen erheblichen Steuersenkungen vor allem bei der Einkommen- und Körperschaftsteuer zu einer entsprechenden Erhöhung des Gesamtbetrages der nach Abzug der Steuern tatsächlich verfügbaren Privateinkommen und damit auch zu einer entsprechenden Zunahme der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage nach Konsum- und Investitionsgütern führen. Gleichzeitig sollte durch weitere Maßnahmen die Investitionstätigkeit der einzelnen Staaten und Gemeinden auf dem Gebiet des Straßen-, Wohnungs-, Schulbaus usw. angeregt werden.

Mit Hilfe dieser Maßnahmen war es in der Tat bereits im Frühjahr 1954 gelungen, die Konjunkturrückbildung in den USA allmählich zum Stillstand zu bringen, so daß in den darauffolgenden Sommermonaten keine weitere Verringerung des industriellen Produktionsvolumens eintrat. Indes bedurfte es noch weiterer zusätzlicher Maßnahmen, um die amerikanische Wirtschaft aus dem nunmehr erreichten — immer noch sehr labilen — Stagnationszustand wieder herauszuführen und ein erneutes Ansteigen ihres Produktionsvolumens zu bewirken, zumal mit Hilfe der bereits getroffenen kredit- und steuerpolitischen Maßnahmen die Investitionstätigkeit nur auf dem Gebiet des Wohnungsbaus wirklich be-

trächtlich angeregt werden konnte, die gewerblichen Investitionen dagegen nach wie vor rückläufig waren. Außerdem war die Neuerteilung von Rüstungsaufträgen bereits seit dem Frühjahr 1953 durch die Sparmaßnahmen zur Beseitigung des Bundeshaushaltsdefizits auf ein Minimum beschränkt worden, so daß die Industrie seitdem praktisch nur noch mit der Aufarbeitung der schon vorher erteilten Aufträge beschäftigt war. Erst als diese Aufträge seit Herbst 1954 wieder in wesentlich höherem Umfang erteilt wurden und die durch Steuersenkungen ermöglichte Stabilisierung der Einkommensbildung und der Konsumentennachfrage bei gleichzeitig fortschreitendem allmählichen Lagerabbau zu einer allgemeinen Besserung der Liquidität der gewerblichen Wirtschaft in den USA geführt und die Gefahr von überstürzten Lagerliquidationen, stärkeren Preisrückgängen und Insolvenzen weitgehend beseitigt hatten, machten sich in der amerikanischen Wirtschaft die ersten Anzeichen einer erneuten, wenn auch zunächst nur zaghaften konjunkturellen Belebung bemerkbar, wie aus den seitdem wieder leicht ansteigenden Produktionszahlen hervorgeht, vor allem in der Herstellung von dauerhaften Gütern.

Nach den letzten Berichten scheint sich diese Belebung nunmehr auch in einer wieder zunehmenden Investitionsneigung und einer wesentlichen Verlangsamung des Lagerabbaus (der im November praktisch sogar zum Stillstand gekommen zu sein scheint) auszuwirken, so daß auch die von dieser Seite her bisher wirksam gewesenen depressiven Kräfte immer mehr nachlassen, womit die Krisengefahr zunächst jedenfalls endgültig gebannt und der Weg für einen allgemeinen konjunkturellen Wiederanstieg freigemacht sein dürfte. Zwar ist der Sättigungsgrad des Investitionsbedarfs der amerikanischen Wirt-



**LEIPZIGER
FRÜHJAHR-
MESSE 1955**
MIT TECHNISCHER MESSE

27. FEBRUAR - 9. MÄRZ

LEIPZIGER MESSEAMT POSTFACH 329

Auskunft erteilt die zuständige Industrie- und Handelskammer bzw. Handwerkskammer

schaft zweifellos immer noch sehr hoch, nachdem ihre Investitionstätigkeit in den vergangenen Nachkriegsjahren einen in der ganzen Wirtschaftsgeschichte der USA noch nie dagewesenen einmaligen Rekordstand aufwies, wie schon aus dem exzeptionell hohen Anteil der Investitionsaufwendungen an der Verwendung des gesamten Sozialprodukts in diesen Jahren hervorgeht, und es darf wohl kaum so schnell mit einem erneuten Investitionsboom gerechnet werden; dennoch dürfte aber das Jahr 1955, falls die Regierung der USA auch weiterhin bereit ist, an ihrer bisherigen konjunkturpolitischen Linie festzuhalten, einen merklichen Wiederanstieg der gewerblichen Investitionen und damit auch eine weitere allgemeine konjunkturelle Belebung der amerikanischen Wirtschaft mit sich bringen.

Zum ersten Mal in der bisherigen Wirtschaftsgeschichte ist da-

mit in einem weltwirtschaftlich führenden Land vom Staat der erfolgreiche Versuch gemacht worden, eine sich anbahnende Konjunkturkrise mit den der modernen Konjunkturtheorie entsprechenden marktkonformen konjunkturpolitischen Mitteln zu bekämpfen — eine Tatsache, deren grundsätzliche Bedeutung gar nicht hoch genug veranschlagt werden kann!

Bei der besonders engen wirtschaftlichen Verflechtung Kanadas mit den USA ist es nur natürlich, daß die konjunkturelle Entwicklung dort im wesentlichen parallel mit der konjunkturellen Entwicklung in den USA verlaufen ist.

Anhaltende Expansion in Westeuropa

Im Gegensatz zu Nordamerika hat sich der Konjunkturaufschwung in Westeuropa im vergangenen Jahr im ganzen gesehen in unvermindertem Tempo fortgesetzt, bei

allerdings weiter zunehmender Differenzierung in den einzelnen Ländern. In den kontinentaleuropäischen Industrieländern, bei denen der — immer noch zu einem erheblichen Teil kriegsbedingte — vordringliche Investitionsbedarf noch weit von der Sättigung entfernt ist, hat sich die Aufwärtsentwicklung eher noch verstärkt, insbesondere in der Bundesrepublik, in Frankreich, Italien, Österreich und der Schweiz, während sie sowohl in Großbritannien als auch in den skandinavischen und einigen anderen Randländern in verschiedener Hinsicht auf Grenzen stößt, die zum mindesten eine spürbare Verlangsamung des bisherigen Wachstumstempos bedingen. Erst recht gilt das für Japan, wo die im Zuge eines ungestümen Aufschwungs aufgetretenen Disproportionalitäten im Außenhandel bereits zu akuten Zahlungsbilanzschwierigkeiten geführt und die Regierung zu drastischen Einfuhrbeschränkungen und deflatorischen Maßnahmen veranlaßt haben, deren Folge die seit Frühjahr 1954 eingetretene allgemeine wirtschaftliche Stagnation mit partiellen Rückbildungserscheinungen ist.

Im ganzen hat das industrielle Produktionsvolumen der westlichen Welt, das im Frühjahr und Sommer 1954 infolge des amerikanischen Produktionsrückganges noch etwas unter dem Vorjahresstand lag, neuerdings diesen Stand wieder erreicht. Der relativ geringe Rückgang in der Nachfrage der Industrieländer nach Nahrungsmittel- und Industrierohstoffen konnte durch verstärkte amerikanische Preisstützungs- und stockpiling-Käufe etwa ausgeglichen werden. So haben sich die Weltmarktpreise für Rohstoffe und Nahrungsmittel im Jahre 1954 im ganzen (bei allerdings stark divergierender Entwicklung im einzelnen) ungefähr behaupten können. Wenn man von den finanz- und währungspolitischen Schwierigkeiten absieht, die in verschiedenen dieser Länder durch eine übermäßige staatliche Förderung der Industrialisierung entstanden sind, gestaltete sich daher auch der Außenhandel und damit auch die gesamtwirtschaftliche Lage der Agrar- und Roh-

stoffländer im einzelnen zwar unterschiedlich, im ganzen jedoch nicht unbefriedigend.

Rohstoffmärkte

Bei weiteranhaltendem Konjunkturaufschwung in fast allen westeuropäischen Industrieländern und voraussichtlicher Besserung der Konjunkturlage auch in Nordamerika — der noch nicht überwundene japanische Rückschlag fällt demgegenüber kaum ins Gewicht — kann für das Jahr 1955 im Gegensatz zu 1954 eine erneute Zunahme des gesamten Industrieproduktionsvolumens der westlichen Welt erwartet werden. Diese Zunahme wird zweifellos einen Mehrbedarf an Industrierohstoffen zur Folge haben und entsprechend die Preisbildung auf den Weltrohstoffmärkten beeinflussen, die aber im übrigen weiterhin sehr stark von den — nicht zuletzt rein politisch bedingten — jeweiligen Schwankungen im Umfang der amerikanischen stockpiling-Käufe abhängen wird. Mit diesem ausdrücklichen Vorbehalt wird man im Jahre 1955 mit einer im Vergleich zu bisher im allgemeinen etwas festeren Grundtendenz der Preisentwicklung auf den maßgebenden Weltrohstoffmärkten rechnen dürfen.

Bei weiter zunehmender laufender Rohstoffnachfrage der Industrieländer und festerer Preisentwicklungstendenz für Rohstoffe kann 1955 auch mit einer entsprechenden Steigerung der Exporterlöse und damit auch der Einfuhrmöglichkeiten der Rohstoffländer aus den Industrieländern gerechnet werden.

Koexistenz und Wiedervereinigung

Wir haben uns daran gewöhnt, ausweglose Situationen durch die Schöpfung neuer Begriffe abzutun. Dadurch schaffen wir zwar keine Auswege, wir haben aber die Möglichkeit, klug über die Ausweglosigkeit zu reden und aus der Ausweglosigkeit ein neues System und eine neue Weltanschauung zu schaffen. Eine solche Ausrede für das Eingeständnis der Ausweglosigkeit ist der Begriff „Co-existence“. Für uns Deutsche hat dieser Begriff einen recht peinlichen Beigeschmack erhalten. Er ist mit Absicht oder auch ohne Absicht mit der Vertagung der Wiedervereinigung auf lange Sicht verbunden worden.

Was will man mit diesem Begriff „Co-existence“ eigentlich sagen? Hat es nicht zu allen Zeiten der Geschichte das Nebeneinander-Existieren verschiedener Staatsformen und Weltauffassungen gegeben? Jahrhunderte hindurch hat es nicht nur ein Nebeneinander, sondern ein Zusammenwirken von Monarchien, Oligarchien, Diktaturen und Demokratien verschiedenster Färbung gegeben. Wir können nicht ohne weiteres einsehen, was der Begriff „Co-existence“ eigentlich Neues beinhalten soll. Es sei denn, man wolle ihn auf deutsch mit „Pulverfaß“ oder „latenter Atombombe“ übersetzen. Der Koexistenz verschiedener Weltauffassungen muß die kriegerische Auseinandersetzung durchaus nicht immanent sein. Es sei uns, als Deutschen, gestattet zu fragen, wieso Koexistenz und Wiedervereinigung einander ausschließen sollen. Will man vielleicht innerhalb unseres deutschen Staatsgebietes ein besonders anschauliches Exempel statuieren, daß Koexistenz auch unter diesen besonders verschärften Bedingungen Realität genießt? Man sollte doch eigentlich am Korea-Beispiel schon ausreichendes Beweismaterial gesammelt haben. Die Verknüpfung der Begriffe Koexistenz und Wiedervereinigung (im negativen Sinne), die trotz aller offiziellen Dementis durch die Weltpresse geistert, hat für uns eine besondere Bedeutung.

Kein Dementi kann den Eindruck verschleiern, daß man damit die Katze aus dem Sack gelassen hat. Im Grunde genommen charakterisiert dieses „aus der Schule plaudern“ die reale weltpolitische Lage viel treffender als alle offiziellen Neujahrs-Botschaften. Es zeigt uns Deutschen schlaglichtartig die Gefahr, die wir in nächster Zukunft zu bestehen haben. Die Möglichkeit, unserem Ziel durch eine direkte Vertretung in Moskau näherzukommen, ist durch die neue Sowjetnote in ein gefährliches Zwielicht gerückt worden. Wir müssen uns entschließen, unseren westlichen Freunden mit der Forderung nach Wiedervereinigung unbequem zu werden. Denn bei diesem Akt des weltpolitischen Dramas sind wir nicht die Akteure. Wir dürfen uns darüber nicht täuschen. Wir müssen andere für uns handeln lassen. Sind wir uns eigentlich dessen bewußt, daß Millionen von Menschen — Vertriebene und Ausharrende in Ost- und Westdeutschland — immer noch der felsenfesten Überzeugung sind, daß die Wiedervereinigung in absehbarer Zeit realisiert wird? Sind wir uns dessen bewußt, daß die Enttäuschung dieser Hoffnung den seelischen Zusammenbruch des Volkes bedeutet? Wenn wir uns dessen bewußt sind, dann ist unsere Linie für das Jahr 1955 vorgezeichnet. (sk)

Nochmals: Die Systematik der Wirtschaftspresse

Schlußwort des Autors

Sehr geehrter Herr Berghändler!

Gern nehme ich die Gelegenheit wahr, auf die in der Dezember-Nummer des „Wirtschaftsdienst“ veröffentlichte kritische Zuschrift „Die Systematik der Wirtschaftspresse“ von Herrn Professor Röper einzugehen.

Herr Professor Röper bezieht sich in seinem Brief nicht nur auf den in der Oktober-Nummer des „Wirtschaftsdienst“ erschienenen „Überblick über die Wirtschaftspresse Westdeutschlands“, sondern auch auf das vom Institut für Publizistik der freien Universität Berlin erarbeitete und Mitte vorigen Jahres erschienene Handbuch „Die deutsche Presse 1954“ (Duncker und Humblot, Berlin 1954), das die zahl-

reichen Interessenten der Presse- und Wirtschaftspraxis übereinstimmend als das Standardwerk über die deutsche Presse der Gegenwart bezeichnen.

Von den Autoren des Handbuchs selbst wurde, so z. B. in der Abhandlung „Die deutsche Zeitschrift 1953/54“ (a. a. O. S. 96 ff.), auf die Schwierigkeiten hingewiesen, die sich bei der Systematik und der praktischen Einordnung der Organe der periodischen Presse in ein Sachgruppenschema immer ergeben haben. Jedoch interessiert eine solche Systematik nicht nur den „Definitionsheber“, sie ist auch für viele rechtliche und wirtschaftliche Streitfälle von entscheidender Wichtigkeit und muß also schon aus diesem Grunde gemacht

werden. Leider besteht auch im bibliographischen Bereich bisher keine Absprache über eine Gliederung; es wird nur erwartet, daß die konkreten Vorschläge, die auch in dem oben erwähnten Aufsatz des Handbuchs gemacht wurden, zu solchen Vereinbarungen führen werden.

„Selbstverständlich“ streiten sich die Zeitungswissenschaftler nicht mehr darüber, was unter einer Zeitung und was unter einer Zeitschrift zu verstehen ist, wohl aber kann man darüber streiten, welche Organe in dem einen oder anderen Falle zu diesen beiden Typen der periodischen Presse zu rechnen sind. Solche Grenzfälle sind jedoch selten, und die von der Zeitungswissen-